1. **Airbus-Sanierung: Deutschland soll es weit härter treffen als Frankreich**
   Die Sanierung des Flugzeugbauers Airbus könnte in Deutschland mehr Arbeitsplätze kosten als in Frankreich. Einem Pressebericht zufolge will der Konzern die Krise nutzen, "um die deutschen Partner in eine untergeordnete Stellung zu verweisen". Das gehe aus einem internen Papier hervor.
   Quelle: Spiegel Online
2. **Standort Deutschland:**
   - **Rückkehr der Reumütigen**
     Der Trend zur Jobverlagerung ins billige Ausland scheint gestoppt. Einige Unternehmen kehren sogar wieder zurück oder verlegen Arbeitsplätze gezielt nach Deutschland. Das liegt an den Risiken der Abwanderung – und der neuen Attraktivität des Standortes D.
     Quelle: Spiegel Online

     Anmerkung: *Leider haben diese Aussagen mehr anekdotischen Charakter. Je nach Interessenlage werden diese dann eingesetzt zwecks Lohn – bzw. Steuersenkungen hierzulande – wie auch versteckt in diesem Fall. Auch werden Aussagen zum Mittelstand mit denen zur gesamten Industrie vermischt. Worauf stützen sich diese Zahlen – einmal abgesehen von den üblichen, recht fragwürdigen Umfragen?*
     Wenn nach DIHK-Schätzungen 2006 erstmals seit dem Jahr 2000 wieder mehr Stellen geschaffen als durch Abwanderung vernichtet wurden, oder im letzten Jahr 50.000 Stellen ans Ausland verloren gingen, möchte man doch etwas präziser wissen, wie solche Schätzungen zustande kommen.

   - **Fraunhofer-Studie: Die Kostenvorteile im Ausland werden überschätzt**
     Viele Automobilzulieferer eröffnen Produktionsstätten in Niedriglohnländern. Das spart nicht immer Kosten. Und führt im Durchschnitt auch nicht zu höheren Renditen als bei Zulieferern, die in Deutschland fertigen.
     Quelle: Böckler impuls 2/2007 [pdf – 64KB]

3. **Generation Prekariat: Jungen Akademikern fällt der Einstieg in den Beruf schwer, viele Unternehmen nutzen das aus**
   Forschungsergebnisse zur Generation Praktikum: 37 Prozent der Abgänger von Universitäten hängen darum nach dem Examen noch ein Praktikum an, 11 Prozent sogar ein zweites. Praktikanten sind vor allem in Medien, Kultur und außerschulischer Bildung anzutreffen, seltener in der Wirtschaft. Und ihre Aufenthalte sind keine

Stippvisiten: Die mittlere Dauer eines bezahlten Praktikums beträgt sechs Monate, 40 Prozent davon ziehen sich sogar noch länger hin. Unbezahlte Praktika sind im Schnitt einen Monat kürzer, aber jedes vierte erstreckt sich über mehr als ein halbes Jahr. Den Lebensunterhalt können die wenigsten aus dem Praktikumsentgelt bestreiten. Selbst eine kleine Aufwandsentschädigung ist ihnen nicht sicher – fast die Hälfte bekommt keine.
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

4. **Was ist falsch am Neoliberalismus?**
   Inhalt und Ergebnisse der „Cambridge-Cambridge-Kontroverse“
   Quelle: Oeffinger Freidenker Blog

   Anmerkung: *Für alle, die Interesse an ökonomischer Theoriebildung haben.*

   Welche praktischen Auswirkungen die neoklassische Theorie hat kann man ganz gut in einem Interview des „Wirtschaftsweisen“ Wolfgang Franz nachlesen:

   Die Lohnforderungen sind zu hoch
   Franz behauptet etwa:

   - Die moderate Tariflohnpolitik der letzten Jahre habe zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geführt
   - in der aktuellen Lohnrunde spricht er von einem gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum von 2,5 %
   - er verlangt “höhere Anreize” zur Arbeitsaufnahme für ALG-II-Bezieher
   - er gibt offen zu, dass es de facto einen Mindestlohn gibt, er nennt diesen Mindesteinkommenssicherung
   - der Mindestlohn würde das “System” außer Kraft setzen und er koste – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Beschäftigung
   - beim Thema Kündigungsschutz verweist er auf “Untersuchungen aus dem Ausland”, die belegen sollen, dass ein “rigider” Kündigungsschutz in Deutschland die Beschäftigung von Problemgruppen behindern soll
   - bei der Rente mit 67 verlangt er das höhere Renteneintrittsalter sogar noch ein paar Jahre vorzuziehen.

Quelle: Passauer Neue Presse

Anmerkung: *Die Lehrbücher zur Arbeitsmarkökonomik von Wolfgang Franz gelten als Standardwerke für die Studierenden der Wirtschaftswissenschaft.*
Er ist ein Anhänger der neoliberalen Grenzproduktivtätstheorie, d.h. dass der Arbeitslohn dem „Grenzprodukt der Arbeit" entspricht. Danach steigt das Angebot von Arbeit (durch die Haushalte) mit dem Lohnsatz, während die Nachfrage nach Arbeit (durch die Unternehmen) mit steigendem Lohnsatz abnimmt. Mit sinkendem Lohsatz wählen die Arbeiter statt Arbeit lieber Freizeit. Und wenn die soziale Absicherung höher als die angebotenen Niedriglöhne, „wählen" die Menschen „Freizeit" durch Arbeitslosigkeit.
Franz:

> Wir brauchen im unteren Einkommensbereich noch mehr Flexibilisierung bei den Löhnen. Das darf nicht mit dem Begriff der Hungerlöhne diskreditiert werden. Es gibt in Deutschland schließlich eine Mindesteinkommenssicherung.

Siehe auch Straubhaar:

Man muss die Tarifparteien abschaffen
Die Lohnerhöhungen sollten moderat ausfallen – und vor allem von Betrieb zu Betrieb verschieden sein, meint der Ökonom Thomas Straubhaar. Überhaupt sind kollektive Tarifverträge nur ein Hindernis für die Marktmechanismen. "Der Arbeitsmarkt sollte ein Markt sein, bei dem sich Löhne aufgrund von Angebot und Nachfrage unter Konkurrenzsituation ergeben. Die Realität ist aber, dass marktmächtige Kartelle …"
Quelle: taz

5. **Studiengebühren: Boykott und Blasmusik**
   "Mir gäbbet nix", sagen Freiburger Studenten und wollen die Campusmaut boykottieren. "Wer die Zeche prellt, der fliegt", kontert die Universität. Gestern feierte sie ihr 550-jähriges Bestehen. Frühlingssinfonie mit Pomp, Pfiffen, Protest: Ein Jubiläum endete im Eklat.
   Quelle: Spiegle Online
6. **Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) befürchtet „Studentental"**
   In ihrer letzten Prognose ging die KMK von einem Anstieg der Studienanfängerzahlen

auf 370.000 bis gut 400.000 aus. Tatsächlich aber sank die Zahl der Erstsemester zum dritten Mal in Folge: 2006 waren es nur 344.000, was einem Anteil von rund 35 Prozent an einem Altersjahrgang entspricht.
Maßgebliche Gründe: Abbau von Studienkapazitäten, Erhöhung der Zahl der numerus-clausus-Fächer, Einführung von Studiengebühren, verschlechterte Arbeitsmarktsituation von Absolventen (Generation Praktikum).
Scheitert Deutschland daran, den Akademiker-Anteil beträchtlich zu erhöhen, dann verschärft sich nicht nur das Fachkräfteproblem der deutschen Wirtschaft, vielmehr riskieren wir damit zugleich unsere wirtschaftliche und innovative Wettbewerbsfähigkeit – die nämlich lebt derzeit noch von den international sehr gut ausgebildeten älteren Erwerbstätigen.
Quelle: Spiegel Online

7. **Deutschlands wirtschaftspolitischer Kurs macht die europäischen Nachbarn arm.**
   Germany's economy has regained its lost competitiveness, but it may come at the expense of Spain, where wages are rising fast.
   Quelle: Economist

   Anmerkung: *Auch in diesem Beitrag der liberalen Wirtschaftszeitung wird das Wirtschaftswachstum und der Rückgang der Arbeitslosigkeit viel zu rosig dargestellt, aber immerhin wird auf die gefährlichen Auswirkungen der ständigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands vor allem durch die relativen Lohnsenkungen auf seine Nachbarländer aufmerksam gemacht.*

8. **Deutsche Bank erhöht Überschuss um 70 Prozent**
   Vor Steuern stieg der Gewinn – „getrieben von einem freundlichen Marktumfeld" – von 6,11 Milliarden auf 8,1 Milliarden Euro. Damit übertraf die Bank das selbst gesetzte Ziel einer bereinigten Eigenkapitalrendite vor Steuern von 25 Prozent deutlich. Bereits am Mittwoch hatte die Deutsche Bank eine kräftige Dividendenerhöhung von 2,50 Euro auf 4,00 Euro angekündigt.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung: *Die Massenentlassungen von über 6000 Mitarbeitern im Jahr 2005 und wohl auch das Geschäft mit der privaten Vorsorge zahlen sich aus in Gewinnsteigerungen und Dividenden.*

9. **Volker Hergenhan: Alterssicherung und Finanzmärkte**
   Sozial- und verteilungspolitisch wird mit der (Teil-)Privatisierung der Altersvorsorge das Solidarprinzip der breiten Risikostreuung verlassen. Damit stellt sich ein altes

Problem in neuer Verpackung: die Verteilungsfrage. Um sie wird zu Recht politisch gestritten. Dabei gilt aber zu beachten, dass weder das Umlageverfahren noch das Kapitaldeckungsverfahren fundamentale wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten außer Kraft setzen können. Dieser Sachverhalt wird in der politischen Auseinandersetzung aus Interesse und/oder Unkenntnis zuweilen (gerne) übersehen.
Quelle: Evangelische Sozialakademie Schloss Friedewald

10. **Gesundheitsreform: SPD-MdB Wodarg schämt sich für die SPD**
Quelle: Tagesspiegel
11. **Rente mit 67: Kann Müntefering rechnen?**
Die kontinuierliche Absenkung der Altersbezüge bis 2030 ist nicht unvermeidlich, aber politisch gewollt – obwohl sie ökonomisch vollkommen unsinnig ist.
Quelle: Freitag
12. **Ulrike Herrmann: Über die Verteilung des Vermögens ist in Deutschland fast nichts bekannt. Die Folgen für das Steuersystem sind bizarr: Raucher bringen dem Staat viel mehr als Erben**
Immerhin weiß man, dass von 82 Millionen Deutschen jährlich rund 800.000 sterben – macht 1 Prozent. Über den Daumen gepeilt, müssten bei insgesamt 30 Billionen Euro also jährlich 300 Milliarden den Besitzer wechseln. Tatsächlich dürfte es eher mehr sein, weil viele Alte über ein überdurchschnittliches Vermögen verfügen, hatten sie doch Zeit, Eigentum anzuhäufen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen übrigens die Banken, die sich darauf spezialisiert haben, reiche Erben zu beraten. Die Kreditinstitute schätzen, dass in den nächsten zehn Jahren allein von den Privathaushalten ungefähr 2,5 Billionen vermacht werden. Angesichts dieser gigantischen Summen wirkt es bizarr, dass das Statistische Bundesamt konstatiert, dass 2002 Vermächtnisse von nur etwa 12,1 Milliarden Euro versteuert wurden.
Quelle: taz